

Erklärung des Gewerkschaftsrats – Stuttgart, 23. April 2024

Als Gewerkschaftsrat der SPD-Landtagsfraktion im Landtag von Baden-Württemberg stehen wir für die Stärkung von Gewerkschaften und die Schaffung guter Arbeitsplätze als entscheidende Säulen unserer demokratischen Gesellschaft. In einer gemeinsamen Erklärung möchten wir die bedeutende Rolle von starken Gewerkschaften und qualitativ hochwertiger Beschäftigung bei der Abwehr demokratiefeindlicher Kräfte betonen.

I. Wo stehen antidemokratische Parteien, wie die AfD programmatisch?

Die AfD vertritt mehrere Positionen, die arbeitnehmer- und wirtschaftsfeindlich sind. Sie stellt die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU infrage und lehnt die Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie Fachkräftezuwanderung ab. Die AfD steht für die Schwächung der gesetzlichen Rente. Die Partei setzt sich für Steuersenkungen in verschiedenen Bereichen ein und ist gegen die Besteuerung großer Vermögen. Zudem plant sie die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags für Spitzenverdiener und lehnt eine Stärkung der Rechte von Mietern ab. Die AfD sprach sich auch gegen eine Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro aus und befürwortet die Zwangsverpflichtung von Langzeitarbeitslosen zur Bürgerarbeit. Im Bundestag lehnt sie zudem alle Initiativen ab, die die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern könnten.

II. Wie können starke Gewerkschaften und gute Jobs gegen demokratiefeindliche Einstellungen wirken?

Ein ausgeglichenes Interessensspektrum und die Möglichkeit zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz können dazu beitragen, antidemokratische Einstellungen zu verringern. Beschäftigte in Betrieben mit Betriebsrat bzw.- Personalrat zeigen tendenziell eine höhere Zufriedenheit mit dem demokratischen System. Personen, die über sichere Arbeitsplätze und angemessene Entlohnung verfügen, neigen seltener dazu, politische Unterstützung für die AfD zu zeigen. Die Stärkung der Tarifbindung und die Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung sind daher wichtige Schritte, um antidemokratische Tendenzen einzudämmen. Darüber hinaus benötigen Betriebsräte erweiterte Rechte, um aktuelle Veränderungen aktiv mitgestalten zu können. Eine grundlegende Reform des Betriebsverfassungsgesetzes könnte in diesem Zusammenhang unterstützend wirken.

Erklärung des Gewerkschaftsrats – Stuttgart, 23. April 2024

III. Fünf Forderungen des Gewerkschaftsrats im Vorfeld der Wahl zum Europäischen Parlament am 09. Juni 2024

1. Keine Stimme für rechte extremistische und antidemokratische Parteien bei der nächsten EU-Wahl!
2. Wir fordern die Einführung von Mindestlöhnen sowie die Stärkung von Tarifverträgen auf europäischer Ebene. Gute nationale Regelungen gegen Lohndumping und für fairen Wettbewerb in Europa sind zu unterstützen.
3. Wir fordern, dass die von der Europäischen Kommission angekündigte Stärkung des Sozialen Dialogs, also die Einbeziehung der Sozialpartner in europäische Entscheidungsprozesse, mit einer angemessenen Finanzierung einhergeht.
4. Wir fordern die Einführung verbindlicher EU-Regeln zur Unternehmensmitbestimmung, um sicherzustellen, dass die Mitbestimmung nicht umgangen wird und europaweit gültige Standards definiert werden.
5. Wir fordern eine Überarbeitung der Richtlinie über Europäische Betriebsräte, um die Durchsetzungsfähigkeit der Europäischen Betriebsräte nachhaltig zu stärken.